

Zur rechtfertigenden Wirkung des Freiheitskampfes

in ihrem Recht auf Selbstbestimmung unterdrückter Völker am Beispiel der Aktion der Hamas vom 7. Oktober

Mag. Arthur H. Lambauer (2024)

INHALT:

1.	Artikel 31/1/c des Rom-Statuts und sein Verhältnis zu Artikel 21/1/b desselben.....	1
1.1	Notwehr.....	1
1.1.1	reasonably to defend.....	1
1.1.2	himself or herself or another person.....	1
1.1.3	against an imminent and unlawful use of force.....	2
1.1.4	in a manner proportionate to the degree of danger.....	2
1.2	Selbstverteidigung analog Artikel 51 der UN-Charta.....	2
1.2.1	Der Rechtsrahmen nach dem Rome-Statut.....	2
1.2.2	Die einschlägigen Resolutionen der UNGA zur Art der Ausübung des Freiheitskampfes zur Erlangung der vollen Selbst-Bestimmung.....	2

1. Artikel 31/1/c des Rom-Statuts und sein Verhältnis zu Artikel 21/1/b desselben

1.1 Notwehr

Nach Artikel 31/1/c des Rom-Statuts *a person shall not be criminally responsible if, at the time of that person's conduct:*

*(c) The person acts **reasonably to defend himself or herself or another person** or, in the case of war crimes, property which is essential for the survival of the person or another person or property which is essential for accomplishing a military mission, **against an imminent and unlawful use of force in a manner proportionate to the degree of danger** to the person or the other person or property protected. The fact that the person was involved in a defensive operation conducted by forces shall not in itself constitute a ground for excluding criminal responsibility under this subparagraph; [...].*

1.1.1 reasonably to defend

Der Akt der Notwehr dient der Verteidigung, und zwar der *vernünftigen* Verteidigung.

Die Verteidigung muss also *notwendig* und *zweckmäßig* sein, d. h. zur Abwehr der Gefahr geeignet sein.¹

Was in diesem Sinne geeignet ist, ist auch nach der Erwartung zu bestimmen, wie ein nach gewohnten und herkömmlichen Prinzipien handelnder Angreifer zu reagieren pflegt.

Im Fall der Verteidigung des Rechts auf Selbstbestimmung muss, nach solchen Prinzipien, die Reaktion des Angreifers nicht sofort erfolgen; sondern es reicht, dass durch die Notwehrhandlung ein Prozess in Gang gesetzt wird, der zum Stopp des Angriffs (der Unterdrückung des Volks) führt.

Die Aktion vom 7. Oktober rief zwar, aus der Sicht der Palästinenser, eine kurzfristige erhebliche Verschlimmerung der Lage aufgrund der Zionisten (illegitimer) Gegenwehr nach sich, doch kam damit ein kontinuierlicher Prozess in Gang, im Rahmen dessen sich Internationale Gerichtshöfe mit der Lage in Palästina befassen, was, auch vermittelt der wachgerufenen öffentlichen Weltmeinung, zu einer nachhaltigen Lösung des Nahost-Konflikts führen wird.

In diesem Sinne war die genannte Aktion der Hamas jedenfalls *vernünftig* und im Prinzip alternativlos.

1.1.2 himself or herself or another person

Die an der Aktion vom 7. Oktober beteiligten Mitglieder der Hamas, so auch ihre beschuldigten drei Führer, verteidigten mit ihr nicht nur sich selbst, sondern auch alle ihre Volksgenossen, mithin das Volk der Palästinenser schlechthin.

Nach einem *argumento a minore ad maius* darf das keine Probleme bedeuten,

¹ Vgl. ESER in TRIFFTERER, *Commentary*², Art. 31, MN 46.

indessen ein Volk selbst auch eine Person, namentlich eine moralische solche ist.

1.1.3 against an imminent and unlawful use of force

Nach ESER² ist jedwede Form der Gewalt tatbildlich, auch psychische.

Die von der bewaffneten Besatzungsmacht in der Westbank ausgehende Gewalt ist zumindest eine psychische, schüchtert sie die gesamte Palästinensische Bevölkerung dort doch durch immer wieder kehrende physische Waffengewalt ein, zu der es kommt und jederzeit wieder kommen kann, wenn die letztere sich empört und aus ihrem Käfig ausbrechen will, in welchem sie durch diese Art der Gewalt gefangen gehalten wird.

Der Gebrauch dieser Art von Gewalt durch die IDF ist ein permanenter.

1.1.4 in a manner proportionate to the degree of danger

Der Grad der Gefahr ist ein sehr hoher, findet die Gewalt doch permanent und mit höchster krimineller Energie seitens des Angreifers statt; sie ist ferner in hohem Maße destruktiv im Hinblick auf psycho-soziale Deprivation des Palästinensischen Volks durch permanente Einschüchterung und Angst, einen Fehler in ihrem Verhalten zu machen, was zu physischer Gewalt führte.

Was Artikel 31/1/c **nicht** verlangt, ist eine Identität zwischen Angreifer und Ziel(person) der Notwehr!

Die Beziehung, in welche die beiden vom Notwehr Übeden gesetzt wird, hat lediglich *verhältnismäßig* zu sein.

Dass nach nord-westlichem Muster des *way of life* Lebende, so auch die Zionisten Israels, nach der Völkermord-Konvention eine kollektive Schuld am Völkermord der Völker des globalen Südens trifft, worunter *mutatis mutandis* als Unterdrückte auch die Palästinenser fallen, habe ich andernorts nachgewiesen.³ Diesem, von mir dem IGH übermittelten Nachweis offenbar folgend, hat letzterer in seiner Entscheidung vom 26. Jänner 2024, in Sachen RSA-Israel, betreffs einer Mutmaßung, dass die IDF in Gaza Völkermord begeht, festgehalten, dass *the military operation being conducted by Israel following the attack of 7 October 2023 has resulted in a large number of deaths and injuries, as well as the massive destruction of homes, the forcible displacement of the vast majority of the population, and extensive damage to civilian infrastructure*⁴.

Insofern konnte die Gegen die Bevölkerung der Kibbuzim im Süden Israels am 7. Oktober gerichtete Gewalt als Notwehr umso drastischer ausfallen, je deutlicher

diese solchem Lebensstil frönte, anstatt von ihrem Wahlrecht dahin Gebrauch zu machen, dass das, das Palästinensische Volk unterjochende, Regime abgesetzt werde.

Mit anderen Worten: Die inkriminierte Aktion der Hamas traf keine, an deren Unterdrückung gänzlich Unschuldigen, was sich auf den Zulässigkeitsgrad der im Rahmen der geübten Notwehr angewandten Gewalt, diese verschärfend, auswirken muss.

Dies im Hinblick auf die oben bereits erörterte akute und permanente Gefahr für die psycho-soziale Gesundheit und somit langfristige Überlebensfähigkeit der Palästinenser.

1.2 **Selbstverteidigung analog Artikel 51 der UN-Charta**

1.2.1 Der Rechtsrahmen nach dem Rome-Statut

Nach Artikel 21/1/b des Rom-Statuts hat der ICC an zweiter Stelle (nach dem Statut und seinen Sekundärbestimmungen) anzuwenden, und zwar, *where appropriate, applicable treaties and the principles and rules of international law, including the established principles of the international law of armed conflict*.

1.2.2 Die einschlägigen Resolutionen der UNGA zur Art der Ausübung des Freiheitskampfs zur Erlangung der vollen Selbst-Bestimmung

Nach den Resolutionen der UNGA 2621(XXV)⁵, OP2, 2878(XXVI)⁶, OP 5 sowie 3034(XXVII)⁷, OP 3, kommt in ihrem Recht auf Selbstbestimmung unterdrückten Völkern das Recht zum Freiheitskampf mit **allen** ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu.

Dabei handelt es sich um ein anerkanntes Prinzip allgemeinen Völkerrechts, soweit darauf nicht Artikel 51 UN-Charta analog anzuwenden ist.

Im Übrigen lautet A/RES/3314(XXIX)⁸, Annex (Definition of Aggression), § 7, wie folgt⁹:

Article 7

Nothing in this Definition, and in particular article 3, could in any way prejudice the right to self-determination, freedom and independence, as derived from the Charter, of peoples forcibly deprived of that right and referred to in the Declaration on Principles of International Law concerning Friendly Relations and Co-operation among States in accordance with the Charter of the United Nations, particularly peoples under colonial and racist régimes or other forms of alien domination; nor the right of these peoples to struggle to that end and to seek and receive support, in accordance with the principles of the Charter and in conformity with the above-mentioned Declaration.

Demgegenüber kommt der Entität Israel ein Recht auf Selbstverteidigung gegen die somit rechtmäßige Notwehr vom 7. Oktober gar nicht zu, ist doch dem Begriff

² AaO (FN 1), 41.

³ Siehe dazu meine [Arbeit](#): *Völkermord am Wilhelminenberg!*

⁴ [Order](#) vom 26. Jänner 2024, §§ 46 u. 70.

⁵ [A/RES/2621\(XXV\)](#).

⁶ [A/RES/2878\(XXVI\)](#).

⁷ [A/RES/3034\(XXVII\)](#)

⁸ [A/RES/3314\(XXIX\)](#).

⁹ Siehe dazu meinen [X-Thread](#).

des *armed attack* in Artikel 51 UN-Charta
die Unrechtmäßigkeit inhärent.

Arthur H. Lambauer

Zur rechtfertigenden Wirkung des Freiheitskampfs

Teil II¹

Von Mag. ARTHUR H. LAMBAUER (23. Oktober 2024)

Nachdem die UNGA am 14. Dezember 1960 mit ihrer Resolution 1514 (XV)², *Declaration on the Granting of Independence to Colonial Countries and Peoples*, eine Erklärung mit gleichlautendem Titel über die Rechte von Völkern unter Fremdherrschaft verabschiedet hatte, rief sie mit ihrer Resolution 1654 (XVI)³, *The situation with regard to the implementation of the Declaration on the granting of independence to colonial countries and peoples*, vom 27. November 1961, das *Special Committee on the Situation with regard to the Implementation of the Declaration on the Granting of Independence to Colonial Countries and Peoples* ins Leben und beauftragte es, *to examine the application of the Declaration, to make suggestions and recommendations on the progress and extent of the implementation of the Declaration, and to report to the General Assembly at its seventeenth session.*

Darunter erstattete das Komitee einen vorläufigen Bericht⁴, in welchem es als Ergebnis seiner Arbeit seiner ersten Sitzungsperiode den Entwurf einer Resolution mit einem Aktionsprogramm der UNGA unterbreitete, und dem als Annex I ein solcher Entwurf angefügt war, der im Namen einer Gruppe von Staaten von Italien eingebracht worden war; darin heißt es:

Acknowledging that all peoples who are being denied the attainment of their legitimate aspirations and the fulfilment of the goals set out in the Declaration are entitled to assert their right to self-determination, freedom and independence by every means at their disposal consistent with the purposes and principles of the Charter.

Damit wäre das Recht auf Widerstand durch die Grundsätze der Charta begrenzt worden. Das wurde nicht Gesetz!

In dem vom Komitee als Ganzem ausgearbeiteten Entwurf der Resolution hieß es

ferner, wobei in eckige Klammern gesetzter Text keine allgemeine Zustimmung gefunden hatte:

2. Reaffirms the legitimacy of the struggle of colonial peoples to achieve freedom and independence, and recognizes their right to struggle including armed struggle against colonial Powers which suppress their aspiration for freedom and independence;

Das Substantiv *struggle* hat im Englischen nach SOED (1936) die folgenden Bedeutungen:

Struggle (strɜːɡl), sb. 169a. [f. next.] **1.** An act of struggling; a resolute contest; a continued effort to resist force or free oneself from constraint; a strong effort under difficulties. **b.** A strong effort to continue to breathe, as in the death-agony 1794. **2. gen.** Contention, determined effort or resistance 1706.
1. The Horrors of an hopeless Soul, and the Struggles and Agonies of one sinking under the dismal Apprehensions of the divine Wrath 1716. **Phr.** *S. for existence, for life*, in *Biol.* used metaphorically to describe the relation between co-existing organic species when the causes tending to the survival of one tend to the extinction of another; also *gen.*, an effort under difficulties to obtain the means of livelihood. **b.** He died.. without a groan or a. 1854. **2.** The subject of love at a. with death 1901.

Struggle (strɜːɡl), v. [Late ME. *strugle*, *strugol*, a frequentative formation of obscure origin.] **1. intr.** To contend (*with* an adversary) in a close grapple as in wrestling; also, to make violent bodily movements in order to resist force or free oneself from constraint. **b.** To make violent efforts to breathe (*usu. to s. for breath*); to be in the agony of death 1674. **2. fig.** To contend resolutely, esp. with an adversary of superior power; to offer obstinate resistance; to make violent efforts to escape from constraint. late ME. **3. quasi-trans.** with adv. or *phr.* expressing the result of struggling 1633. **4. intr.** To make great efforts in spite of difficulties; to contend resolutely *with* (a task, burden); to strive *to do* something difficult 1597. **5.** To make progress with difficulty *to, into, out of, through*. Also with adv. *along, forward, on*. 1700.

¹ Siehe den Teil I dieser Arbeit [hier!](#)

² [A/RES/1415\(XV\)](#).

³ [A/RES/1654\(XVI\)](#).

⁴ [A/8086](#).

Ihm ist also ein Moment der Gewalt inhärent, was semantisch wohl auch Waffengewalt einbezieht. Im obigen Zitat aus dem Entwurf fällt auf, dass vor der eckigen Klammer kein Beistrich steht, was semantisch zur Folge hat, dass die Bedeutung des *struggle* mit dem bewaffneten Kampf erschöpft wäre, was nicht Sinn und Zweck der Sache sein konnte, weshalb dieser Passus gestrichen wurde, was also nicht bedeutet, dass bewaffneter Kampf in den Begriff nicht mit eingeschlossen wäre: Er sollte lediglich eines von mehreren Mitteln zum Widerstand darstellen.

Als schlussendliches Ergebnis nahm die UNGA mit ihrer im Teil I dieser Arbeit zitierten Resolution 2621(XXV), *Programme of action for the full implementation of the Declaration on the Granting of Independence to Colonial Countries and Peoples*, vom 12. Oktober 1970, den folgenden OP2 an:

2. *Reaffirms the inherent right of colonial peoples to struggle by all necessary means at their disposal against colonial Powers which suppress their aspiration for freedom and independence;*

Ein Jahr später, in ihrer ebendort desgleichen zitierten Resolution 2878 (XXVI), *Implementation of the Declaration on the Granting of Independence to Colonial Countries and Peoples*, vom 20. Dezember 1971, verabschiedete die UNGA den folgenden OP5:

5. *Reaffirms its recognition of the legitimacy of the struggle of the colonial peoples and peoples under alien domination to exercise their right to self-determination and independence by all the necessary means at their disposal, and notes with satisfaction the progress made in the colonial Territories by the national liberation movements, both through their struggle and through reconstruction programmes;*

Eine Beschränkung dieses Rechts auf Widerstand mit den Grundsätzen der Charta fand hier ebenso wenig statt, wie eine Verletzung ihrer, stellt doch das Prinzip des Artikels 2/4 UN-Charta, wonach *all Members shall refrain in their international relations from the threat or use of force against the territorial integrity or political independence of any state, or in any other manner inconsistent with the Purposes of the United Nations*, zum einen auf Mitglieder ab, was kolonialisierte Völker noch nicht sind, und zum anderen auf internationale Beziehungen, von denen rücksichtlich solcher Völker desgleichen nicht gesprochen werden kann zumindest, solange sie noch keinen Staat gebildet haben.

Selbst, brachiale Gewalt zu üben, ist also vom Recht auf Widerstand gedeckt, sofern sie notwendig ist, etwa um die nötige Aufmerksamkeit der dekadent verschlafenen Weltöffentlichkeit heilsam auf sich zu ziehen.

Resolution 3034 (XXVII), *Measures to prevent international terrorism which endangers or takes innocent human lives or jeopardizes fundamental freedoms, and study of the underlying causes of those forms of terrorism and acts of violence which lie in misery, frustration, grievance and despair and which cause some people to sacrifice human lives, including their own, in an attempt to effect radical changes*, vom 18. Dezember 1972 hielt in ihrem OP3 fest, was folgt:

3. *Reaffirms the inalienable right to self-determination and independence of all peoples under colonial and racist régimes and other forms of alien domination and upholds the legitimacy of their struggle, in particular the struggle of national liberation movements, in accordance with the purposes and principles of the Charter and the relevant resolutions of the organs of the United Nations;*

Zufolge seiner spezifischen Textierung, die in ihren wesentlichen Teilen hervorgehoben ist, konnte und sollte diese Bekräftigung bzw. dieses Aufrechterhalten an der Rechtsnatur dieses Rechts auf Widerstand, wie es in den beiden vorangegangenen Resolutionen verankert worden war, nichts mehr ändern, denn etwa zu bekräftigen, was so, namentlich mit einer Beschränkung, gar nicht existiert hat, zielt ebenso ins Leere, wie das Aufrechterhalten desselben; was mit der ausdrücklichen Bezugnahme (auch) auf die beiden genannten Resolutionen bestätigt wird.

Die Genfer Konventionen aus 1949 können daran nichts ändern, wie ich hier⁵ dargelegt habe.

Arthur H. Lambauer

⁵ <https://arthurlambauer.blog/wp-content/uploads/2024/06/2024-zur-unanwendbarkeit-der-genfer-konventionen-1949-1.pdf>.